

Kuba: Wohin führt die Ära Raúl?

Bert Hoffmann

Wachwechsel in Kuba: Raúl Castro hat am 24. Februar offiziell die Nachfolge des erkrankten Fidel Castro an der Spitze des sozialistischen Staates angetreten.

Analyse:

Die Nachfolge Fidel Castros wurde seit seiner Erkrankung im Juli 2006 so graduell gestaltet, dass der jetzt vollzogene Schritt seiner de jure Ablösung keine unmittelbare politische Brisanz für die Regierung mehr hat. Raúl Castro, 49 Jahre lang Fidels loyaler Vize in allen Ämtern, tritt gleichwohl ein schweres Erbe an. Kuba steht ein komplexer wirtschaftlicher wie politischer Reformprozess bevor.

- Oberster Imperativ für die neue kubanische Führung ist Elitenkohäsion. Gerade angesichts der bevorstehenden Veränderungen werden Brüche innerhalb von Partei, Armee und Staatselite als existenzielle Gefahr gesehen. So spiegelt die Besetzung der weiteren Ämter hinter Raúl das Bestreben wider, insbesondere die alte Garde einzubinden. Gerade um keinerlei Vorentscheidung über den designierten Nachfolger Raúl's zu suggerieren, wurde der 77-jährige José Ramon Machado Ventura zum neuen Ersten Vize ernannt.
- Raúl Castro hat mit dem Versprechen „tief greifender und struktureller Veränderungen“ in der Wirtschaft einen Vertrauensvorschuss in der Bevölkerung erworben. Eine Reihe von Reformschritten ist angekündigt, die Umsetzung steht jedoch noch aus. Krux jeder Reform sind die gravierenden Verzerrungen, die aus der monetären Spaltung der Ökonomie in Peso- und Devisensektor resultieren. Raúl's Reformversprechen haben hohe Erwartungen geweckt. In der Folge wird seine Regierung an den Resultaten gemessen werden.
- Mit seinem Aufruf zu mehr Debatte und Kritik hat Raúl Castro auch eine Art kubanischer „Glasnost“ lanciert, um der Regierung neue Legitimität zu verschaffen. Gleichwohl hat dies eine Diskussion losgetreten, die letztlich das etablierte Modell der vertikalen politischen Kommunikation in Frage stellt. Bereits jetzt sind im Staats- und Parteiapparat Spannungen über Form und Ausmaß dieser Öffnung sichtbar.
- Mit dem Abtritt der Symbolfigur Fidel Castro wird in den USA der Ruf nach einer pragmatischen Kuba-Politik lauter. Gleich wer die US-Präsidentchaftswahlen im Herbst gewinnt, die bisherige Kuba-Politik Washingtons steht danach zur Disposition.

Schlagwörter: Kuba, Wirtschaftsreformen, Partizipation, Wahlen, Außenbeziehungen

Der Zwang zur Reform

So machtvoll und langlebig charismatische Führungsfiguren politisch sein können, so schwierig ist in der Regel die Frage ihrer Nachfolge. Auf den ersten Blick scheint Kuba hier eine spektakuläre Ausnahme darzustellen: 49 Jahre lang regierte die überdimensionale Figur Fidel Castros die Insel – länger, als es etwa die DDR überhaupt gab. Wer beim Triumph der Revolution 16 Jahre alt war, ist jetzt 65. Nichts auf der Insel, was nicht Fidels Stempel trägt.

Und doch: Seit Fidel sich am 31. Juli 2006 einer Notoperation unterziehen musste und die Regierungsgeschäfte – „vorübergehend“, wie es hieß – an seinen Bruder Raúl Castro delegierte, ist es auf der Insel bemerkenswert ruhig geblieben. Havanna feierte dies als Beweis für das Vertrauen der Bevölkerung in das sozialistische System.

Seitdem wurde in einem 20-monatigen Prozess der Abschied von dem einst allgewaltigen *Comandante en Jefe* so schrittweise und graduell in Szene gesetzt, dass auch die jetzt vollzogene formale Übergabe seiner Ämter an seinen Bruder und „ewigen Vize“, Raúl Castro, keine großen Turbulenzen mehr auslösen konnte. Erbe Fidel Castros, so hatte Raúl bereits vor geraumer Zeit gesagt, könne nur die Kommunistische Partei sein, nicht eine einzelne Person. Noch die Form des Abtritts unterstreicht ganz gezielt die Institutionalität des kubanischen Sozialismus, nicht die Rolle seines charismatischen Führers: Fidel dankt nicht etwa ab, es geht lediglich jene fünfjährige Amtszeit als Vorsitzender des Staatsrats zu Ende, in die er 2003 gewählt wurde, und er verzichtet auf eine erneute Kandidatur. Maximale Institutionenlogik statt *Máximo Líder*.

Es ist symptomatisch, dass dem altgedienten Revolutionsführer nicht einmal mehr eine letzte Rede an sein Volk zugestanden wurde. Dies lag keineswegs an Fidels Gesundheitszustand: die Fernhaufnahmen seines Treffens mit Brasiliens Präsident Lula da Silva vor wenigen Wochen lassen keinen Zweifel, dass er ohne Weiteres seinen Amtsverzicht zur besten Sendezeit im Staatsfernsehen hätte verlesen können. Stattdessen erfuhr die Welt vom Ende der Ära Fidel um drei Uhr nachts Ortszeit in der Internet-Ausgabe der Partei-

zeitung. Die Kubaner auf der Insel erreichte die Nachricht mit einigen Stunden Verspätung – oder dadurch, dass sie von Freunden aus dem Ausland per Telefon aus dem Schlaf gerissen wurden. Weniger direkt, weniger charismatisch ist ein politischer Abgang kaum zu inszenieren.

Raúl Castro weiß wie unrealistisch es wäre, als eine Art „Fidel II“ daherzukommen. Stattdessen hat er für sich eine andere Rolle und Form der Führung definiert, die auf alles Charismatische verzichtet: Er ist kein *Comandante en Jefe*, sondern der oberste Verwaltungskader der Nation. Als solcher steht er vor der undankbaren Aufgabe, dem von der Revolution etablierten System wieder Legitimation und Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen. Ein schwieriges Erbe nach 49 Jahren Revolution und angesichts der gravierenden wirtschaftlichen Nöte und der sozialen Auflösungsprozesse, die die letzten 18 Jahre geprägt haben. Mittelfristig, so das Kalkül der Kader um Raúl, kann der Machterhalt nur über ein erhebliches Mehr an manifester Repression gesichert werden – oder aber über Reformen, die wirtschaftliche Verbesserungen und erhöhte gesellschaftliche Freiräume bringen. Raúl setzt darauf, zunächst Letzteres zu versuchen.

Die Nachfolge Fidel Castros ist mit der de jure Amtsübernahme durch Raúl Castro nun formal abgeschlossen. Ihre eigentliche politische Herausforderung aber beginnt erst.

Die neue alte Führung Kubas

Dass Kubas Nationalversammlung (*Asamblea Nacional*) Raúl Castro zum neuen Staatschef wählen würde, daran hatte es nie Zweifel gegeben. Der dienstälteste Verteidigungsminister der Welt ist als 76-Jähriger selbstverständlich eine Übergangsfigur, das weiß jeder. Aber er stellt eine für alle Funktionäre unverzichtbare Brückenperson zwischen der Herrschaft Fidel Castros und der nachrückenden Generation dar. Neben seinem historischen Gewicht und dem Nachnamen des Bruders genießt Raúl Castro, der große Organisator hinter den Kulissen, auch wie kein Zweiter den Rückhalt sowohl der Partei als auch der Streitkräfte. Sein Amt trat der Armeegeneral übrigens – auch

das eine symbolische Geste, die einen Unterschied zu seinem Bruder – nicht in olivgrüner Uniform, sondern in Schlips und Anzug an.

Die weitere Besetzung der Ämter folgte voll und ganz den zentralen Imperativen von Machtbalance, Elitenkohäsion und symbolischer Kontinuität angesichts der Zäsur, die die Ablösung Fidels bedeutet. So ist auch die Ernennung des altgedienten Revolutionsveteranen José Ramón Machado Ventura zum neuen Vize hinter Raúl keineswegs so überraschend, wie sie vielen Beobachtern scheint. Die symbolische Integration der alten Garde und der als Hardliner Geltenden ist gerade dann unverzichtbar, wenn ein Reformkurs bevorsteht. Gleichzeitig garantiert die Wahl des 77-Jährigen, der schon allein aufgrund seines Alters von niemandem als designierter Nachfolger Raúl's angesehen werden kann, dass die weiteren Personalentscheidungen an der Spitze vollkommen offen sind.

Genau diese Punkte hatten gegen Carlos Lage gesprochen, der unter Raúl zum öffentlich sichtbarsten Politiker wurde und vielen im Ausland als der natürliche Vize erschien. Doch für die Machtbalance im Apparat wird Lage, der Architekt der Wirtschaftsreformen der 1990er Jahre, zu klar als „Reformer“ identifiziert. Und zum anderen wäre die Ernennung des 56-jährigen Lage ein allzu klares Signal gewesen, dass der Posten des Kronprinzen bereits vergeben ist.

Lage bleibt so wie bisher einer der fünf weiteren Vizepräsidenten des Landes. Auch alle übrigen wurden im Amt bestätigt: der Parteichef von Havanna Esteban Lazo (63) genauso wie Innenminister und Armeegeneral Colomé Ibarra (68) und der inzwischen 80-jährige Revolutions-*Comandante* Juan Almeida Bosque. Auf den einzig frei werdenden Platz rückte der 71-jährige General Julio Casas Regueiro auf, bis dato Raúl Castros Stellvertreter im Verteidigungsministerium. Casas Regueiro war bereits während der Guerilla vor 1959 Raúl Castro untergeordnet und gilt als bedingungsloser Vertrauensmann des neuen Staatshaupts. Das Durchschnittsalter des neuen Staatsrats liegt bei über 70 Jahren. Nicht eine Frau findet sich in ihm. Da passt ins Bild, dass auch der Präsident der Nationalversammlung, Ricardo Alarcón, für eine weitere fünfjährige Amtszeit bestätigt wurde.

Während eine solche Liste alter Männer Stillstand und Konservatismus suggeriert, nahm Raúl Castro in seiner Antrittsrede die Reformagenda auf. Bereits in der kommenden Woche würden eine Reihe von Verboten aufgehoben werden – auch wenn noch nicht konkret gesagt wurde, um welche es sich handelt, so signalisiert es doch eine weitere Ausweitung möglicher kleingewerblicher Tätigkeiten, die bisher nur auf dem Schwarzmarkt stattfinden können. Andere Maßnahmen insbesondere zur Aufwertung des kubanischen Peso bräuchten noch etwas mehr Zeit, seien aber in Arbeit. Ziel sei es, dass „das Lebensniveau eines jeden in Relation zu seinen legalen Einkünften steht“.

Im Namen Fidels

In seiner Antrittsrede bat Raúl die Nationalversammlung, in jeder wichtigen Angelegenheit Fidel konsultieren zu dürfen. Dies wird der in nicht wenigen Kommentaren fortlebenden These neue Nahrung geben, dass Fidel Castro nach wie vor die Macht hinter dem Throne sei und die letzte Instanz in der kubanischen Politik bliebe. Auch im kubanischen Exil ist diese Auffassung beliebt, erlaubt sie doch, die gewohnte Sicht der Dinge beizubehalten.

Bei näherem Hinsehen erscheint diese Diskussion jedoch wenig realitätsnah, und Raúl's endlose Bitte an die *Asamblea* als theatralische Nebelkerze. Die politische Macht liegt, daran besteht kein Zweifel, schon seit Monaten bei dem jüngeren der beiden Brüder, nicht mehr bei Fidel. Dessen Rolle als hofierter *elder statesman* gleicht zunehmend einem goldenen Käfig. Fidels Kolumnen in der Parteizeitung geben davon beredt Zeugnis: kaum zufällig geht es in ihnen nur um internationale Politik, globale Probleme und historische Erinnerungen; innenpolitische Themen etwa oder gar konkrete Maßnahmen der Regierung Raúl's sind für Fidels Kolumnen ganz offenkundig *off limits*.

Sein letzter Versuch einer Einmischung dieser Art wurde zu einer Demonstration seiner Ohnmacht. Worum es ging: Außenminister Pérez Roque, mehr als irgend jemand sonst in der Regierung persönlicher Ziehsohn Fidels, hatte am 10. Dezember 2007 in einer mittleren

diplomatischen Sensation verkündet, Kuba werde sowohl das Abkommen der Vereinten Nationen über soziale und wirtschaftliche Rechte als auch das über politische und bürgerliche Rechte unterschreiben. Beides hatte Fidel immer vehement abgelehnt. Nur zwei Tage später verlas der Moderator der *Mesa-Redonda*-Sendung im kubanischen Fernsehen einen Brief Fidel Castros, in dem dieser unzweideutig verkündete, was er von diesem Schritt seiner Nachfolger hält. Das ging nur über einen Umweg: Fidel kramte sechs Jahre alte Dokumente heraus – als Kanadas Premierminister ihn zur Unterzeichnung des Abkommens über soziale Menschenrechte bewegen wollte –, in denen er darlegt, warum es revolutionäre Pflicht und Überzeugung ist, dieses Manöver des Feindes abzuwehren. Reaktion auf Fidels Botschaft: Keine. Das Machtwort des einst allmächtigen *Comandante* blieb unwidersprochen von der Regierung, aber auch ungehört. Erst jüngst, am 13. Februar, bekräftigte Außenminister Pérez Roque auf einer Pressekonferenz erneut: Ja, Kuba werde die Abkommen in der ersten Jahreshälfte unterschreiben; und ja, wir teilen vollständig die Einwände des *Comandante*. Der zweite Teil ist eine Huldigung, der erste Teil die Politik.

An derartige diskursive Akrobatik wird man sich gewöhnen müssen. Was auch immer die Nachfolge-Regierung tut, sie wird es im Namen Fidel Castros tun. Seit letztem Jahr ist in Kuba allenthalben ein Fidel-Zitat aus dem Jahre 2000 auf Stellwände und Transparente tapeziert: „Revolution heißt, all das zu verändern, was verändert werden muss!“ Ein Satz, den die Regierungsfunktionäre als Generalvollmacht für alles nehmen, was sie verändern wollen. Auch wenn Hugo Chávez aus Caracas tönt, Fidel bleibe der *Comandante en Jefe* der kubanischen Revolution: Die neue Regierung in Havanna kann sich offenbar sicher sein, dass Fidel nicht mehr öffentlich vernehmbar erklären kann, ob er sich mit den in seinem Namen erfolgenden Veränderungen richtig verstanden fühlt.

Der „chinesische Weg“ – wie weit trägt die Metapher?

Raúl Castro war 49 Jahre lang der loyalste Vize, den man sich denken kann. Sein ganzes Leben ist mit dem Prozess der Revolution und ihrem politischen System verbunden. Wenn er von Reformen spricht, dann mit Sicherheit, um dieses Projekt zu retten, nicht es zu stürzen.

Was immer ihm als Ziel vorschweben mag, die Transition zu Mehrparteien-Demokratie und westlicher Marktwirtschaft wird es kaum sein. Das Ein-Parteien-System steht nicht zur Debatte, verkündete er erst kürzlich wieder bei der jüngsten Wahl zur Nationalversammlung, bei der exakt 614 Kandidaten für 614 Sitze kandidierten. Wenn in einem solchen Rahmen von wirtschaftlicher Öffnung die Rede ist, liegt es nur allzu nahe, die Parallele zum „chinesischen Modell“ zu ziehen. Natürlich kann man dies als reine Chiffre für ökonomische Reform ohne politische Liberalisierung lesen. Der Versuch jedoch, den Weg der chinesischen KP zum Modell für die kubanischen Genossen zu erheben, ist mit erheblicher Vorsicht zu genießen.

Die dramatischsten Einschränkungen für jeden Vergleich betreffen die Größe der nationalen Ökonomie, die Einbindung in die Weltwirtschaft, das Verhältnis zu den USA, und nicht zuletzt auch die kubanische Exil-Gemeinde mit ihren ökonomischen Ressourcen und politischen Ambitionen. Kuba hat keinen Binnenmarkt von einer Milliarde Menschen, sondern ist eine kleine, immer schon sehr außenhandelsabhängige Karibikinsel vor den Türen der USA. Mit einer wirtschaftlichen Öffnung in Stil und Ausmaß der chinesischen wäre in Kuba unweigerlich auch die politische Machtfrage mitzuverhandeln.

Zunächst einmal geht es um viel kleinräumigere Schritte, die nicht am chinesischen Modell, sondern an den kubanischen Reformen der frühen 1990er Jahre anknüpfen. Nach dem Zusammenbruch der real-sozialistischen Verbündeten in Übersee griff die kubanische Führung zu „Maßnahmen, die uns nicht gefallen“, wie Fidel Castro bekannte: Die Zulassung einiger Kleingewerbe als Arbeit auf eigene Rechnung, die Umwandlung von Staatsfarmen in Produktionsgenossenschaften, die Legalisierung des US-Dollar-Besitzes sowie,

auf dem Tiefpunkt der sozialen Krise 1994, die Eröffnung von Bauernmärkten.

Gerade dieser letzte Schritt wird unmittelbar mit Raúl Castro verbunden: Während sein Bruder immer wieder die Gefahren betont hatte, die die mit freien Agrarmärkten verbundene Bereicherung von Bauern und Zwischenhändlern darstelle, blieb es Raúl überlassen, diese Märkte öffentlich zu rehabilitieren. Nahrungsmittel, so der Verteidigungsminister damals, seien „die oberste ökonomische, politische und militärische Priorität“ des Landes.

Mit der wirtschaftlichen Stabilisierung ab Mitte der 1990er Jahre setzte Fidel Castro dieser Reformdynamik jedoch wieder ein Ende. Die Maßnahmen wurden zwar nicht direkt zurückgenommen, aber unter dem Schlagwort der „Perfektionierung des Sozialismus“ wurden der „Arbeit auf eigene Rechnung“, Marktmechanismen und Dezentralisierung wieder die Flügel gestutzt. Die zunehmend enger werdenden Beziehungen zu Venezuela mit dem für Kuba sehr vorteilhaften Export von Dienstleistungen gegen Erdöllieferungen ab dem Jahr 2000 nahmen den wirtschaftlichen Druck für Reformen noch weiter zurück. Die Regierung in Havanna verkündete zweiselige Wachstumsraten. Das leicht verfügbare Geld für Lebensmittelimporte führte dazu, dass die nationale Nahrungsmittelproduktion auf neue Rekordtiefen sank. Rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche, so kubanische Schätzungen, liegen inzwischen brach.

So nimmt es kein Wunder, dass die unter Raúl neu initiierte Debatte nicht zuletzt an einer Wiederbelebung der heimischen Landwirtschaft ansetzt. Dabei es geht um Verpachtung von Staatsland an Kleinbauern; höhere Ankaufpreise für ihre Produkte; mehr Entscheidungsautonomie für Kleinbauern, Genossenschaften und Staatsfarmen und weniger Gängelung durch den Plan; Märkte für Produktionsmittel wie Dünger, Werkzeuge und Maschinen. Die Umsetzung steht noch aus, doch die Richtung scheint deutlich. Und auch, dass die Reformschritte im Agrarbereich durchaus als Wegbereiter für Veränderungen in der übrigen Wirtschaft des Landes gesehen werden.

„Glasnost“ à la cubana

Eine erheblich schnellere Reformdynamik entwickelte sich in einem anderen Bereich, indem man sie weniger vermutet hätte: bei der Ausweitung der Freiräume für öffentliche Diskussion. Während sich oben der lang erwartete Wachwechsel von Fidel zu Raúl vollzieht, kommt die Gesellschaft auch von unten in Bewegung. Von einer „Revolution innerhalb der Revolution“ gar spricht die Parteizeitung. Was ist passiert?

Im Sommer 2006 hatte Raúl Castro die Bürger, Medien und Parteikader zu Debatten und Kritik „ohne Ängste irgendeiner Art“ aufgerufen. Die üblichen Betriebsversammlungen entsprachen dabei zunächst dem, was die Kubaner „Fahrstuhl-Dialog“ nennen: Hinter geschlossenen Türen und in vorsichtiger Sprache wurden Probleme benannt, auf dass sie zwecks Information der Staatsführung emporgereicht würden. Mehr als eine Million Eingaben habe man auf diesem Weg erhalten, bilanzierte Raúl vor zwei Monaten.

Doch dabei blieb es nicht. Inzwischen müssen sich die Funktionäre Fragen stellen lassen, die so direkt, selbstbewusst und respektlos formuliert werden, wie das in der Vergangenheit undenkbar war. Prominent geworden etwa ist das Treffen der Studenten der Informatikuniversität UCI mit Parlamentspräsident Ricardo Alarcón. Dabei flogen dem Spitzenfunktionär wenig gefällige Fragen um die Ohren, von der Kluft zwischen Devisenshops und Peso-Gehältern bis zum Verbot von Google und Yahoo, von fehlender Reisefreiheit bis zu der Einheitsliste bei Wahlen.

Doch die Debatten werden nicht nur schärfer, sie werden auch öffentlicher geführt. Ein Videomitschnitt der Diskussion mit Alarcón ist bei YouTube weltweit zu sehen. Und auch auf der Insel machen solche Ereignisse rasch die Runde. Während nur wenige Kubaner regelmäßigen Zugang zum World Wide Web haben, entwickeln sich E-Mails immer stärker zu einem horizontalen Medium, das die staatlichen Verlautbarungsorgane wirkungsvoll umgeht. Die Angestellten der deutschen Botschaft etwa haben, so meldete ein Agenturbericht, ein Protestschreiben gegen eine geplante neue Steuer per E-Mail zirkulieren lassen. Diese neue Steuer soll auf die Deviseneinkünfte

te derjenigen Kubaner erhoben werden, die über staatliche Leiharbeitsfirmen an die Joint-Venture-Betriebe und Botschaften vermittelt werden. Und nicht die Abgabe an sich ist der Stein des Anstoßes, sondern die Tatsache, dass sie kommt, ohne dass die in harter Währung gezahlten „Gratifikationen“ bisher formal überhaupt als Gehälter legalisiert sind.

Diese „Glasnost von unten“ stellt offenkundig eine Herausforderung dar für ein System, das auf einem rigiden staatlichen Medienmonopol und vertikaler *Top-Down*-Kommunikation basiert. Umso bemerkenswerter, dass die Führung unter Raúl der Öffnung weiterhin den Rücken stärkt. Ein Leitartikel in der Parteizeitung (*Granma*, 11.2.2008) verdammt zwar die internationalen Medien, die das Video des Studententreffens mit Alarcón zu einem Politikum aufgebauscht hätten, stärkte in der Sache aber den scharf fragenden Studenten den Rücken: solch kritische Haltung sei für die kubanische Revolution das Normalste der Welt, und im Übrigen auch das, wozu Raúl aufgerufen habe. Seinen Höhepunkt erreicht der Leitartikel mit der Mutmaßung, womöglich sei der internationale Medienhype um das Studentenvideo ja auch eine Provokation, damit die kubanische Führung diese Öffnung wieder bremse – das aber würden die Gegner der Revolution nicht erreichen! Zur Absicherung endet der Leitartikel mit dem Verweis auf – man ahnt es schon – jenes Fidel-Zitat, demzufolge: „Revolution heißt, all das zu ändern, was geändert werden muss.“ Genau das setze man nun in die Tat um.

Diese Öffnung erfolgt nicht ohne Konflikte. Natürlich müsse die Kritik konstruktiv sein und der Verbesserung, nicht der Schädigung des Sozialismus dienen – doch wer entscheidet, wo hier die Grenze liegt? Und natürlich müsse sie in adäquater Form und in adäquatem Rahmen erfolgen – doch auch hier wieder ist nicht klar, welche genau dies sind und wer darüber befindet. Die Spannungen, die die Fragen der Reichweite der neuen Offenheit auch innerhalb des offiziellen Apparats auslösen, sind unübersehbar. Ein Beispiel bietet das programmatische Interview das Eliades Acosta, der Leiter der Kulturabteilung des ZK der Kommunistischen Partei Kubas, auf einer Homepage des kubanischen Kulturministeriums gab. Darin zeichnete er in deutlicher

Sprache ein kritisches Bild der gegenwärtigen Situation, sprach von der nötigen Rundumerneuerung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft und der Notwendigkeit, dass die Presse noch sehr viel mehr als bisher die von Raúl Castro eingeforderte kritische Haltung annehmen müsse. Natürlich würde der Feind Kritik für sich nutzen, noch mehr aber würde er das Schweigen ausnutzen: „Im Zweifelsfall entscheiden wir daher für Kritik!“

Doch das Interview, das in Print in Kuba nie erschienen war, überlebte auch auf der Website des Ministeriums nicht lange. Nur kurz nach seinem Erscheinen wurde es wieder heruntergenommen, ersatz- und kommentarlos. Der oberste Parteikader für kulturelle Angelegenheiten hatte offenbar jene undefinierte Linie überschritten, was opportune und was nicht opportune Kritik ist – nachgerade als Beweis für die von Eliades Acosta angemahnte Haltung der kubanischen Medien, im Zweifelsfall doch für das Totschweigen zu optieren. (Doch so ist das Internet: Solidaritätsgruppen und befreundete KPs anderer Länder hatten das zensierte Interview bereits übernommen und nicht alle erreichte die Weisung, es wieder zu löschen, so dass eine kurze Google-Suche es noch immer zu Tage fördert, etwa unter: <www.profesionalespcm.org/_php/MuestraArticulo2.php?id=9891>).

Neue Töne aus Washington

Die EU hat bereits im Juni 2007, noch unter der deutschen Ratspräsidentschaft, der Interimsregierung Raúl Castros eine Dialogofferte ohne Vorbedingungen unterbreitet. Auf diese hat die kubanische Regierung mit durchaus positiven diplomatischen Gesten reagiert, allen voran die angekündigte Unterzeichnung der UN-Menschenrechtstabkommen. EU-Entwicklungshilfekommissar Louis Michel wird bei seiner anstehenden Reise nach Kuba am 6. und 7. März die Möglichkeiten ausloten können, welche weiteren Ansätze zur Kooperation im Rahmen dieser Annäherung möglich werden. Die EU-Initiative geht dabei einher mit bilateralen Anstrengungen wie dem von der spanischen Regierung etablierten Menschenrechtsdialog, in dessen Rahmen erst jüngst die

Freilassung einer Reihe von politischen Häftlingen erreicht werden konnte.

Doch auch in den USA kommt mit dem Beginn der Post-Fidel-Ära Bewegung in die Kuba-Politik. Unmittelbar nach Bekanntwerden von Fidels Amtsverzicht unterschrieben nicht weniger als 108 Kongressabgeordnete einen Brief, der die USA zu einer umfassenden Revision ihrer bisherigen Kuba-Politik auffordert. Selbst aus dem Außenministerium waren neue Töne zu hören: Während es bisher hieß, eine „succession“ – also eine Nachfolge innerhalb des Regimes – sei genau das Gegenteil der angestrebten „transition“ zu Demokratie westlicher Prägung, so ließ der im *State Department* für die Lateinamerika-Abteilung zuständige Tom Shannon nun verlauten, die erfolgten Veränderungen seien „bedeutend“.

Bis zu den Präsidentschaftswahlen im Herbst sind gleichwohl kaum große Veränderungen zu erwarten. Danach aber wird die Frage einer rationaleren und pragmatischeren Kuba-Politik mit Macht auf die Agenda Washingtons rücken – und zwar unabhängig davon, wer gewinnt. Barack Obama hat sich am weitesten vorgewagt mit seinem Plädoyer für direkte Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit der Regierung in Havanna. Dagegen sucht John McCain die rhetorische Nähe zu den Anti-Castro-Hardlinern des Exils, um den Schlüsselstaat Florida auf seine Seite zu ziehen.

Doch auch die ehemaligen republikanischen Vize-Außenminister Bernard Aronson und Richard Armitage, gestandene Kalte Krieger, die jetzt zu McCains außenpolitischen Beratern gehören, rücken bereits weit ab von der derzeitigen Kuba-Politik. Die Beschränkungen gegen Geldsendungen aus den USA an Familienangehörige auf der Insel sowie auf Rückbesuche in der alten Heimat sind die ersten Restriktionen, die mit Sicherheit zur Debatte gestellt werden, sobald die Wahlen in Florida ausgezählt sind. Auch von der Etablierung direkten Flugverkehrs ist die Rede; die Hafentreiber in Texas, Florida und Louisiana drängen längst darauf, die Sanktionen im Schiffsverkehr aufzuheben, die großen Erdölkonzerne wollen bei der Off-Shore-Exploration neuer Vorkommen in kubanischen Gewässern nicht außen vor bleiben, und die US-amerikanischen Tourismuskonzerne gönnen es den

Europäern und Kanadiern schon lange nicht, dass sie ihnen den kubanischen Markt kampflos überlassen müssen.

Fidel war nicht nur für die Linke eine Symbolfigur, er war es genauso für die Rechte. Ohne ihn schrumpft Kuba für die USA auf Normalmaß zurück. Die Exilkubaner werden sich auf den automatischen Schulterchluss mit *Mainstream America* gegen Fidel nicht mehr verlassen können. Für die USA sind andere Länder fürwahr größere Herausforderungen als ein von einem blassen Raúl Castro geführter alternder Sozialismus auf einer Karibikinsel. Der republikanische Prä-Kandidat Matt Romney hatte sich bei den Exil-Kubanern bereits schwer in die Nesseln gesetzt, als er öffentlich aussprach, was viele andere in seiner Partei denken: „Die einzige Gefahr für die nationale Sicherheit der USA, die von Kuba ausgeht, ist ein interner Kontrollverlust, der zu einem Massenexodus führt.“ Und Romney weiter: „Der einzige Weg, damit die Kubaner dort bleiben, ist eine starke Regierung“ – und wenn das die von Raúl Castro wäre, *so what?*

Erstmals gibt es also realistische Aussichten dafür, dass sich die großen politischen Koordinaten der Kuba-Politik Washingtons substantiell verschieben könnten. Pate stehen könnte der Fall Vietnam, wo trotz des einstigen Krieges und trotz der fortdauernden kommunistischen Herrschaft eine weitgehende Normalisierung der Beziehungen erreicht wurde. Für den Machterhalt des kubanischen Sozialismus, der sich so sehr über das Feindbild USA legitimiert, wäre dies keineswegs eine beruhigende Perspektive.

■ Der Autor:

Dr. Bert Hoffmann ist *Senior Researcher* und stellvertretender Direktor im GIGA Institut für Lateinamerika-Studien und Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“. Zurzeit ist er beurlaubt, um eine Gastprofessur an der Freien Universität Berlin wahrzunehmen. Zu Politik und Ökonomie in Kuba hat er seit Jahren intensiv geforscht und publiziert. E-Mail: hoffmann@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/hoffmann>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema:

Der Autor arbeitet an einem Habilitationsvorhaben zu Krise und Transformation des sozialistischen Kuba. Im GIGA-Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt, Macht und Sicherheit“ untersucht die Arbeitsgruppe „Pariastaaten“ in komparativer Perspektive die Reaktionen von Sanktionen ausgesetzten Staaten auf externen Druck. Ziel ist es, Verhaltensmuster zu erkennen und nachzuvollziehen, wie es diesen Staaten gelingt, ihre Transformationsresistenz aufrecht zu erhalten.

Mit der politischen Stabilität und der Struktur autoritärer politischer Systeme beschäftigt sich seit 2007 die innerhalb des GIGA-Forschungsschwerpunkts 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ neu eingerichtete Arbeitsgruppe „Autoritäre Regime“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema:

- Escobar, Reynaldo (2007): La polémica intelectual cubana de 2007, in: *Iberoamericana*, Nr. 28, 7. Jg., S. 157-163.
- Gratius, Susanne (2003): Kuba unter Castro – Das Dilemma der dreifachen Blockade. Die kontraproduktive Politik der „Demokratieförderung“ seitens der USA und der EU. Opladen: Leske + Budrich.
- Hoffmann, Bert (2007): Transitions from Charismatic Rule: Theories of Leadership Change and Cuba's Post-Fidel Succession, GIGA Working Paper Nr. 56 (August).
- (2007): „Kuba und der ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘“, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Nr. 12, S. 40-43.
- (mit Laurence Whitehead, Hrsg.) (2007): *Debating Cuban Exceptionalism*. New York/ London: Palgrave.
- (2005): „Emigration and Regime Stability: Explaining the Persistence of Cuban Socialism“, in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Nr. 4 (Dezember), 21. Jg., S. 436-461.
- (Hg.) (1996): *Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte* (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde Band 38). Frankfurt: Vervuert.
- (2003) „Cuba: Civil Society Within Socialism – and Its Limits“, in: Henke, Holger/ Reno, Fred (Hrsg.): *Modern Political Culture in the Caribbean*. Barbados u.a.: University of the West Indies Press, S. 302-321.
- (2002) *Kuba* (Reihe Länder). München: C.H. Beck.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM